

Kein Abbau unter Sarstedt und Giften

Abbaureihenfolge des Schachts Siegfried-Giesen steht für die ersten zehn Jahre genau fest

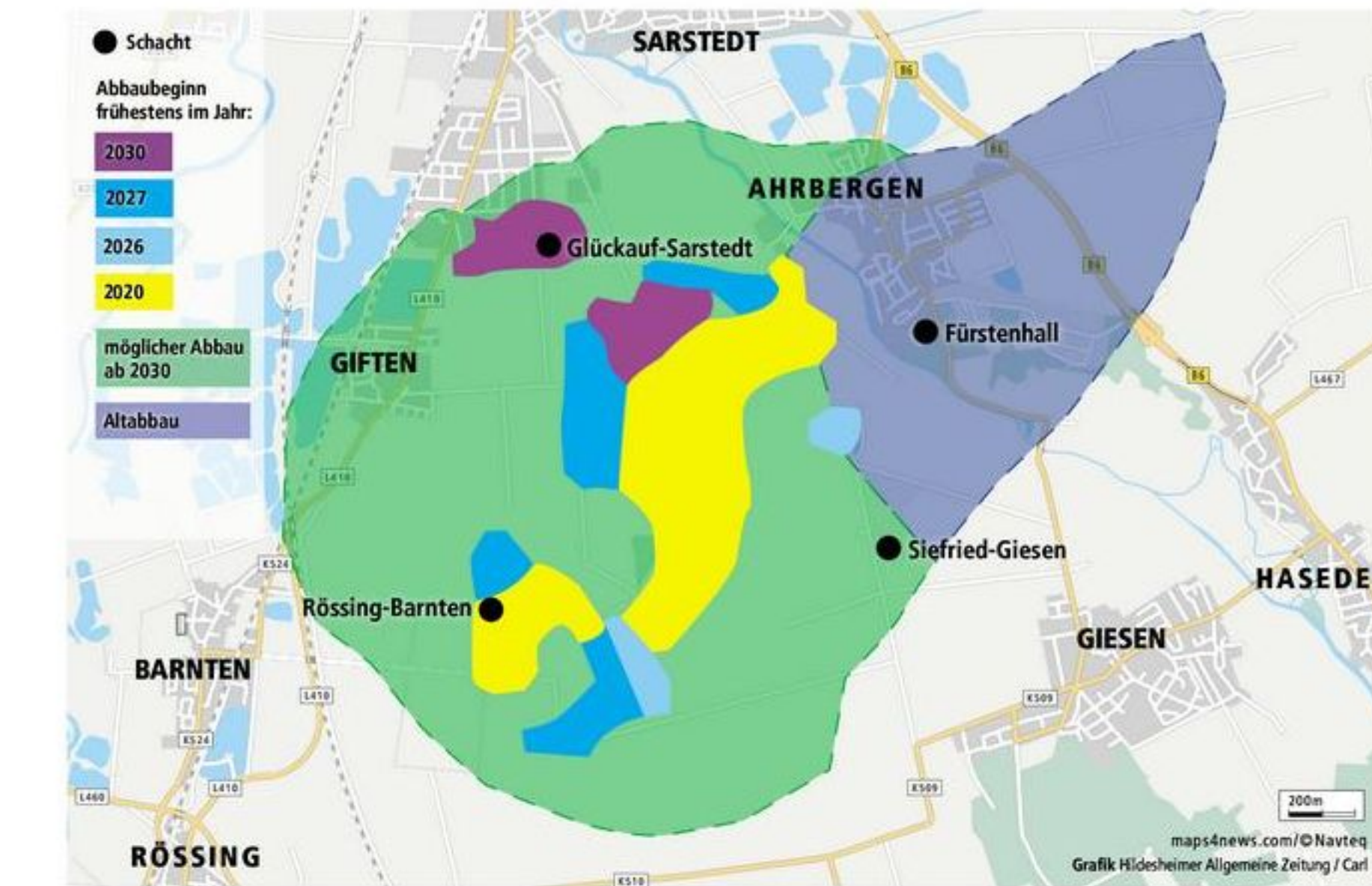
Giften/Sarstedt (skn). Wenn der Dünngemittelhersteller K+S den Betrieb des Schachtes Giesen wieder aufnimmt, dann könnte auch unterhalb von Giften und Sarstedt abgebaut werden. Doch ein Unternehmenssprecher hat dies jetzt auf Anfrage ausgeschlossen und damit Befürchtungen der Grünen und der Bürgerinitiative aus Ahrbergen zurückgewiesen.

Noch ist der Salzstock nicht vollständig untersucht worden. Es handelt sich um eine riesige Fläche, die sich vom südlichen Ende Sarstedts im Norden bis zum alten Schacht in Barnten im Süden erstreckt, außerdem von Giften im Westen bis Ahrbergen im Osten. Konkret geplant sind bislang nur die Abbaubereiche für die ersten zehn Jahre, alles nicht unter bebautem Gebiet.

Doch in der entsprechenden Karte ist auch eine als „Ressource“ bezeichnete Fläche eingezeichnet. Hier sind „mit großer Wahrscheinlichkeit“ Salzvorräte vorhanden, wie Katrin Kreil, Sprecherin des Landesbergamtes, erläutert. Zu diesem Gebiet gehören sowohl der südliche Zipfel von Sarstedt als auch die gesamte Fläche von Giften. Die Bürgerinitiative „Giesen Schacht“ befürchtete nun ebenso wie der Giesener Grünen-Ratsherr Lars Hampel, dass hier eines Tages direkt unter den Häusern Kali abgebaut werden könnte. Die Bürgerinitiative wurde zwar von Ahrbergern gegründet, sie sieht sich aber als Sprachrohr der Menschen in der gesamten Region.

Grundsätzlich wäre es auch möglich, dass das Bergamt einen Abbau unterhalb von Siedlungen genehmigt, wie Landesbergamt-Sprecherin Kreil erläutert. „Es ist rechtlich zulässig und durchaus üblich, unter bebauten Ortslagen abzubauen.“

Derzeit wissen die Verantwortlichen von K+S zwar selbst noch nicht, wo in den nächsten Jahrzehnten abgebaut wird. Dies werde erst durch Untersuchungen festgestellt, die in diesem Jahr beginnen sollen, wie Unternehmenssprecher Ulrich Göbel erläutert: „Allerdings ist jetzt schon sicher, dass über die gesamte Lebensdauer des Bergwerkes weder unter Giften noch unter Sarstedt abgebaut werden wird.“



Dirk Fietz von der Bürgerinitiative freut sich über diese Absichtserklärung: „Das würden wir alle wahnsinnig begrüßen.“ Er fordert allerdings, dass es nicht bei dieser freiwilligen Ankündigung bleibt. Vielmehr soll nach seinem Willen das Landesbergamt dies als Auflage für die Genehmigung festsetzen.

Doch dies ist offenbar nicht geplant. Denn wo genau über den Zeitraum von zehn Jahren hinaus Kali abgebaut werden darf, wird im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren noch gar nicht geklärt. Dies sei erst dann möglich, wenn die Salzvorräte unter Tage lokalisiert worden sind, erklärt Kreil. Diese Detailplanung muss K+S dann in Haupt- und Sonderbetriebsplänen beantragen. „Das Landesbergamt prüft dann, ob sich

die Detailplanung in dem Rahmen bewegt, der im Planfeststellungsbeschluss festgelegt wurde“, sagt Kreil. Den Angaben zufolge wird dabei der „worst case“ angenommen, also die größtmögliche Beeinträchtigung, etwa bei der Senkung des Bodens. „Für die spätere Detail-Abbauplanung in den Haupt- und Sonderbetriebsplänen ist eine weitere Bürgerbeteiligung nicht vorgesehen“, erklärt Kreil.

Doch selbst wenn es einen solchen Abbau unter Siedlungsflächen geben würde, wären keine Schäden zu erwarten gewesen, wie K+S und Landesbergamt unisono versichern. Denn durch den Salzabbau entstünden zwar Senkungen, erläutert Kreil. Da sich der Salzstock aber wie eine „unendlich zähe Flüssigkeit“ verhalte,

seien diese Senkungen recht gleichmäßig verteilt und hätten weiche Übergänge zum Umland. „Schroffe Abrisse von Straßen oder Zerrungen, Pressungen und Schiefelagen von Gebäuden, wie es beim Abbau von Steinkohle vorkommen kann, müssen beim Salzabbau nicht befürchtet werden“, erläutert die Behördensprecherin.

K+S-Sprecher Göbel verweist auch auf die jahrzehntelangen Erfahrungen am Standort Sigmundshall, wo seit 60 Jahren ununterbrochen Kali abgebaut werde. Dort stiegen die Senkungsraten kurz nach dem Abbau eines Lagerteils auf etwa einen Zentimeter pro Jahr an und gingen dann innerhalb kurzer Zeit auf etwa einen Millimeter pro Jahr zurück.